

Abmännerversammlung.

liege eine große Gefahr und es wäre eine Abhilfe dringendst geboten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß bei allem Mitleide gegen die Flüchtlinge eine Vermehrung der Konsumenten in Wien ihm katastrophal erscheine. Auch sei die Einschleppung von Seuchen gefährlich, da die Sanitäts-Polizei im II. Bezirke unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechend gehandhabt werden könne.

Dem Bürgermeister wird hierauf einstimmig die Ermächtigung erteilt, das Haus in der Zirkusgasse 5, welches die Gemeinde im vorigen Jahre vom Katholischen Schulvereine angekauft hat, der Zentralstelle für galizische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß bis jetzt in Wien fünf Cholerafälle vorgekommen seien, wovon drei letal ausgingen. Diese Fälle betreffen jedoch bloß Militärpersonen, ein Übergreifen auf die Zivilbevölkerung sei noch nicht eingetreten, während Ruhr und Dysenterie leider auch schon bei Zivilpersonen aufgetreten seien, die in der Umgebung jener Kasernen wohnen, wo solche Kranke verpflegt werden. Durch die bereits affigierten Kundmachungen sei die Bevölkerung bezüglich des Auftretens epidemischer Krankheiten bereits aufgeklärt worden.

Gem.-Rat Leitner meint, man müsse den Märkten eine große Aufmerksamkeit widmen, hauptsächlich bezüglich des Obstes.

Der Bürgermeister erklärt, es müsse jede Obstsendung mit einem Zertifikat versehen sein; er könne jedoch nicht die Obstzufuhr aus Ungarn einschränken; er könne überhaupt die Einfuhr von Lebensmitteln nicht einschränken, doch sei er sich der damit verbundenen Gefahr voll und ganz bewußt.

Gem.-Rat Dr. Hein teilt mit, daß verschiedene Brocken-sammelvereine existieren, von welchen alte Kleider und Wäschestücke an Verwundete und notleidende Familien abgegeben werden.

Der Bürgermeister erklärt, er werde die Bezirksvorsteher ersuchen, die von den Komitees der Bezirke angebrachten Kleider und Wäschestücke in geeigneten Lokalen zu sammeln; er werde sodann die Desinfektion derselben durch die Organe des Stadtphylakates veranlassen.

Gem.-Rat Steiner spricht sich ebenfalls dafür aus, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß keine Flüchtlinge mehr nach Wien transportiert werden.

Der Bürgermeister erklärt, daß die Zivilverwaltung in dieser Beziehung machtlos sei, weil die Militärtransportverwaltung souverän vorgehe.

Gem.-Rat Steiner teilt weiters mit, daß bedauerlicherweise die vom Staate für die Flüchtlinge bestimmten Baracken noch immer nicht fertiggestellt seien.

Derselbe regt auch an, ob nicht eine Zentralstelle geschaffen werden könnte, die rechtzeitig die Ankunft der Flüchtlinge erfährt.

Die Kommission spricht sich entschieden gegen die Veranlassung einer abermaligen öffentlichen Sammlung aus und richtet an Gem.-Rat Steiner das Ersuchen, er möge bezüglich der von Ezellenz Dr. Mataja in Aussicht genommenen Gründung eines Arbeitslosenfürsorgefonds in der Kommission für soziale Fürsorge gegen eine neue öffentliche Sammlung

energisch Stellung nehmen. Es soll in Diskussion gezogen werden, was mit den Intelligenzberufen geschehe und mit den Vertretern jener Berufe, die infolge des Krieges brachliegen.

Gem.-Rat Neumann erklärt, er sei in das engere Komitee dieser Unternehmung gewählt worden. In diesem wurde die Beschaffung des Fonds erörtert und gesagt, man könne nicht wieder eine öffentliche Sammlung veranstalten. Es sollen die unfallversicherungspflichtigen Unternehmen einen Fonds gründen, es solle als freiwilliger Beitrag ein gewisser Prozentsatz geleistet werden.

Der Fonds solle verwendet werden:

1. Zur Unterstützung kleiner Leute, damit sie ihren Betrieb aufrecht erhalten können, und

2. zur Unterstützung der Armenunterstützungsfonds.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß es mit der Belastung der Unternehmer endlich ein Ende haben müsse, denn sonst werden die Unternehmer noch gezwungen, ihre Betriebe gänzlich einzustellen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß durch die Aktion des Bürgermeisters der Arbeitslosigkeit gesteuert wurde und fragt an, wie es mit den Kontoristen und Kommisstehe, von denen am morgigen Tage 6- bis 7000 entlassen werden sollen.

Der Bürgermeister erklärt, daß hierfür Vorsorge getroffen sei durch ein Zusammenwirken der Pensionsanstalten und des Gremiums der Kaufmannschaft.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß die Arbeitslosigkeit bei den Handelsangestellten im Detailhandel nicht sehr groß sei.

Gem.-Rat Golz bemerkt, daß zahlreiche Künstler von Bedeutung, Privatgelehrte u. durch den Krieg brotlos geworden seien. Man könnte diesen durch Erteilung von kleinen Aufträgen helfen.

Der Bürgermeister erklärt, daß ihm ein Anbot gemacht wurde, Bilder durch die Gemeinde zu belehnen, doch sei er nicht dafür, denn das ginge wohl über den Rahmen der Gemeindeverwaltung hinaus. Es sollten sich Berufs-Komitees bilden und diese könnten durch die Gemeinde subventioniert werden.

Gem.-Rat Neumann erklärt, daß er mit der Anregung, es möge heuer zu Allerheiligen vom Ankauf von Kränzen abgesehen und die dafür entfallenden Beträge dem „Roten Kreuz“ gewidmet werden, nicht einverstanden sei, da hiedurch eine ganze Reihe von Gewerben schwer betroffen und vielen Tausenden von Arbeitskräften, hauptsächlich erwerbslosen Frauen und Mädchen, eine Verdienstmöglichkeit entzogen würde. Es wäre gut, wenn in dieser Angelegenheit eine Verlautbarung vom Rathause aus an die Bevölkerung erginge.

Der Bürgermeister erklärt, er werde in dieser Angelegenheit ein Communiqué an die Blätter hinausgeben.

Gem.-Rat Dr. Hein spricht den Wunsch aus, daß die bereits größtenteils fertiggestellten Bauten zu Ende geführt werden sollen. Es sollten doch wenigstens bis zu einem gewissen Betrage die Baukredite ausbezahlt werden.

Der Bürgermeister meint, daß in einem solchen Falle vielleicht die Kriegsdarlehenkassa ausbilden könnte und ersucht den Gem.-Rat Steiner, auch diese Angelegenheit in der Kommission für soziale Fürsorge zur Sprache zu bringen.